

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

Bochum, 19.03.2025

Antrag zur Sitzung des Rates am 3. April 2025

Prüfung einer Videoüberwachung von Containerstandorten

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zusammen mit der USB Bochum GmbH bis zu den Sommerferien ein Konzept zu erarbeiten und Vorschläge zu unterbreiten, unter welchen Voraussetzungen und Möglichkeiten eine Videoüberwachung von Containerstandorten in Bochum eingeführt werden kann.

Dabei sind die technische Umsetzbarkeit, die Kosten, der Datenschutz und die Auswahl der Standorte zu prüfen.

Mit einbezogen werden die Erfahrungen anderer Städte, die Pilotprojekte initiiert haben und erste Erfahrungen sammeln.

Geprüft wird auch, inwieweit ggf. die Bochumer Sicherheitsverordnung anzupassen ist.

An den Containerstandorten für Altglas und Altpapier werden Aufkleber mit einem QR-Code angebracht, über die direkt vor Ort beschädigte oder überfüllte Container an den USB und / oder die Verwaltung gemeldet werden können. Die Einbindung über den Mängelmelder wird geprüft.

Begründung:

Regelmäßig muss die USB GmbH die 265 Containerstandorte in Bochum von illegal abgelagertem Müll befreien. An den Standorten müssen leider auch immer wieder illegal entsorgte Gegenstände, wie zum Beispiel Sperrmüll entfernt werden. Die Verwaltung berichtet in einer Mitteilung (20222766) auf Anfrage der CDU-Fraktion, dass für das Jahr 2022 Kosten für die Entsorgung in Höhe von knapp 75.000 Euro für die zusätzliche Müllentsorgung bei rund 545 Tonnen angefallen sind.

Die Abfallkontrolleure der USB GmbH haben laut der Verwaltung für das Jahr 2021 1.088 Anzeigen veranlasst. Immer häufiger berichten Bürgerinnen und Bürger von illegalen Müllablagerungen an den Containerstandorten.



Auch unter Kenntnis der datenschutzrechtlichen Vorgaben ist es nicht nachvollziehbar, dass der Datenschutz der Personen, die ihre Abfälle rechtswidrig entsorgen, höher gewertet wird als das Interesse der Kommune an dem rechtmäßigen Betrieb eines Containerstandortes, an der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und insbesondere an der Verhinderung der illegalen Müllentsorgung und deren Begleiterscheinungen.

Einige Städte testen diese Technik im Rahmen von Pilotprojekten, um an ausgewählten Orten die Verursacher von ordnungswidrig entsorgtem Abfall ausfindig zu machen und deren Verhalten mit Bußgeldern zu ahnden.

Überfüllte oder beschädigte Container über einen QR-Code zu melden, verbessert den Service für die Bürgerinnen und Bürger.



Roland Mitschke
Stellv. Fraktionsvorsitzender

